

Die Türkei wird mit allen erdenklichen Mitteln reif für die EU gelobt. Deren Mitglieder feilen derweil an der Aufhebung der eigenen kulturellen Identität. Seite 3

Die totgeweihte PDS kehrt dank Reformdiskussion in das Zentrum der Macht zurück. Mit alten Parolen und Kadern feiert sie die Wiedergeburt der DDR. Seite 5



Nicht jedes Museum hat das Glück, seinen Besuchern jede Saison eine spektakuläre Ausstellung anzubieten, und so gehen die Häuser neue Wege. Seite 11

Wilhelms II. Verhältnis zum Nationalsozialismus hing maßgeblich von seiner Einschätzung ab, diesen für seine Ziele instrumentalisieren zu können. Seite 21

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Jahrgang 55 – Folge 37
11. September 2004

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C 5524
PVST. Gebühr bezahlt



Rußland gegen den Terrorismus: Hunderttausende demonstrierten in Moskau und anderen Städten.

Foto: pa

Wider den Maulkorb

Russische Presse kam Putins Publikationsverbot über Beslan zuvor

Die schrecklichen Bilder des Geiseldramas von Beslan sind noch allgegenwärtig. Angehörige von rund 120 Vermissten suchen verzweifelt in den Trümmern der Schule nach ihren Kindern, sie laufen hilflos mit Fotos in Krankenhäusern, Leichenhallen und Trümmerhaufen umher; vergeblich, denn die russischen Behörden leisten ihnen keinerlei Hilfe. Im Gegenteil: an einer lückenlosen Aufklärung der Geiselnahme und wie es überhaupt dazu kommen konnte, ist der Kreml nicht interessiert.

Schon der Umgang mit den Zahlen der Opfer (laut offiziellen russischen Angaben 335 Tote, inoffiziell über 400) zeigt, wie verkrampft Moskau versucht, über das offensichtliche Versagen seiner Eliteeinheiten hinwegzutäuschen. Dies ruft die Kritik der in ihrer Berichterstattung schon seit langem eingeschränkten Medien und vieler Intellektueller auf den Plan.

Der Politologe Stanislaw Belkowski kritisierte, daß in Beslan kein ein-

ziger politisch Verantwortliche vors Volk getreten ist, vom jüngst gewählten tschetschenischen Präsidenten Alchanow nichts zu hören und zu sehen war. Dies habe das Vertrauen in die Regierung und die Sicherheitskräfte tief erschüttert.

Putin wandte sich erst drei Tage nach den Ereignissen in einer Fernsehansprache ans Volk, in der er das Vorgehen der Terroristen moralisch verurteilte und die Menschen aufrief, Stärke zu zeigen. Damit zeigten sich auch die Kritiker einverstanden. Lediglich der Ethnologe Sergej Arutjunow (Spezialist für Völker des Kaukasus) sprach sich öffentlich für eine Abtrennung Tschetscheniens von der Russischen Föderation aus. Einem solchen Schritt wird die russische Regierung jedoch nicht zustimmen können, weil die Gefahr der Bildung eines Terrorstaates unter Führung islamistischer Fundamentalisten ernsthaft zu befürchten ist. Emotionslos wie Putins Rede gehalten war, sollten auch die Massenmedien berichten.

Der Chefredakteur der *Izvestija* wurde vom Dienst suspendiert, weil die Zeitung Bilder des Sturms auf die Schule und der Opfer veröffentlicht hat und in der Zeitung Augenzeugen zu Wort kamen. Dem Journalisten wurde untersagt, Interviews zu den Gründen für seine Beurlaubung zu geben. Westliche Agenturen vermelden, daß inzwischen Journalisten aus Beslan verwiesen wurden, weil sie angeblich nicht über die notwendigen Genehmigungen zur Berichterstattung verfügten.

Diese Maßnahmen konnten allerdings nicht verhindern, daß gerade von seiten der russischen Presse scharfe Kritik am Vorgehen der Regierung geübt wurde. In der Bevölkerung wachsen Unmut und Unbehagen über die mangelnde Sicherheit.

Die ansonsten regierungstreue *Prawda* wagte es, das Schweigen der politischen Parteien zu kritisieren,

und beklagte sogar, der russische Normalbürger habe zuerst von ausländischen Medien über Terrorakte in Rußland erfahren müssen, die eigenen Medien hätten mit erheblicher Verspätung informiert.

Mutig äußerte sich der Publizist Leonid Radsichowskij in einer Radiosendung von *Echo Moskwa*. Er sprach von einer groß angelegten geopolitischen Operation, die von Al Qaida gesteuert sei und eine Kriegserklärung an Rußland bedeute. Radsichowskij räumte zwar ein, Putin habe strategisch richtig gehandelt, taktisch träte jedoch der Zustand des russischen Staates offen zutage, der im Grunde gar kein Staat mehr sei, da die Duma nur noch eine politische Institution willensloser Beamter sei, die sich um den Zustand ihrer Datschen und die Höhe ihrer Bezüge sorgten anstatt irgendjemandes Interessen zu vertreten. Den Zustand der Sicherheitskräfte wie FSB, Alpha-Truppen – also der Eliten des Landes – und des Militärs bezeichnete der Politologe als besorgniserregend und gefährlich. Wenn eine Truppe von 1.000 Mann der besten Spezialeinheiten zehn Stunden lang von etwa 30 Kämpfern in Kampfhandlungen verwickelt werden könnte, sei es um die innere Sicherheit des Landes schlecht bestellt.

Ähnlich äußerte sich Stanislaw Belkowski gegenüber der *Nesawimaja Gasetta* (Unabhängige Zeitung) zu den Folgen von Beslan und zur Einparteiendiktatur des Kremls. Die Duma sei zur Parodie eines Parlaments verkommen. Nur wenn es gelänge, neue nationale Eliten zu bilden, die in der Lage seien, dem Volk gegenüberzutreten, hätten die Tragödien der vergangenen Wochen und Monate zur Stärkung der Regierung und des Staates beigetragen. Putin habe bislang nichts von dem erreicht und es sei durchaus denkbar, daß die Ära Putin in absehbarer Zeit zu Ende gehe. Ihm fehlten die Voraussetzungen zum Regieren, nämlich neue Projekte und eine Ideologie. **Manuela Rosenthal-Kappi**

Wilhelm v. Gottberg:

Hartz IV ist erst der Anfang

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist es den an der Politik interessierten Menschen klar, daß die Gesellschaft in Deutschland über ihre Verhältnisse lebt. Die Wohltaten des Sozialstaates werden schon lange durch Schulden finanziert und vor den Folgen der demographischen Entwicklung in dieser Republik haben Experten schon vor zwei Jahrzehnten gewarnt. Leider haben die Verantwortungsträger der politischen Klasse und in den gesellschaftlich bedeutsamen Vereinigungen (Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden) das sich abzeichnende wirtschaftspolitische und finanzpolitische Chaos in dieser Republik ignoriert.

Durch nicht zu verantwortende Gesetzesmaßnahmen ist unsere heutige Misere im letzten Jahrzehnt zusätzlich prekär geworden. Man denke nur an die massenhafte Frühverrentung Mitte der 90er Jahre, die gewissermaßen mit einer großen Koalition unter Einbruch der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände zustande kam, und an die Zurücknahme der bescheidenen Rentenkassenkonsolidierung durch Rot-Grün zu Beginn der Legislaturperiode 1998.

Mit dem Hartz-IV-Programm ist nunmehr auf dem Sektor der Arbeits- und Sozialpolitik ein erster Schritt zum Abbau des ausgeferten Sozialstaates vollzogen. Der damit einhergehende Einschnitt in die sogenannten sozialen Errungenschaften bringt zahlreichen Menschen Einschränkungen in ihrer Lebensqualität. Dennoch, die menschenwürdige Existenz ist für jeden nach wie vor gesichert. Weitere und tiefergehende Einschnitte werden folgen müssen. Die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Gesundheitsreform, die Sanierung der Rentenkassen, die Reparatur der schon nach neun Jahren Exi-

stenz notleidenden Pflegeversicherung und die Rückführung der jährlichen Nettokreditaufnahme. Letzteres bedeutet noch nicht den Beginn der Tilgung des angehäuften Schuldenberges. Fast alle Menschen werden die noch durchzuführenden Korrekturen am Sozialstaat finanziell mehr oder weniger deutlich spüren.

Die Reparatur einer verfehlten Politik wird durch die demographische Situation und die hohe Arbeitslosigkeit gravierend erschwert. Die offizielle Arbeitslosenzahl beträgt rund 4,5 Millionen. Alle wissen, daß die tatsächliche Arbeitslosenzahl bei mindestens sechs Millionen liegt. Wir sind hinsichtlich der Arbeitslosigkeit dort, wo sich die Weimarer Republik in der Endphase befand.

Die Politik hat bisher kein Rezept vorzuweisen, womit die Arbeitslosigkeit tendenziell zurückzuführen ist. Die Äußerungen Kohls und Schröders zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit zeigen, daß sich die jeweiligen Bundeskanzler bei diesem Problem mit Wunschen durch die Tage lavieren.

Die Demonstrationen gegen Hartz IV sind ein Warnsignal. Wie wird es sein, wenn die weiteren, nicht zu umgehenden Reformen im Alltag der Menschen greifen? Wird diese Gesellschaft dann noch zusammenbleiben? Ist das deutsche Volk noch fähig, als Gemeinschaft zusammenzustehen? Skepsis ist angebracht. Jedenfalls muß festgehalten werden, daß die rücksichtslose Durchsetzung von Partikularinteressen ein wesentlicher Grund für unsere heutige schwierige Situation ist.

Am Beginn des Gesundheitsprozesses steht Parteienganzk, leider kein gemeinsamer Aufruf zum „Ärmel aufkrepeln“ und **Fortsetzung Seite 2**

Ostdeutscher Beitrag

Thierson favorisiert 9. Oktober als Nationalfeiertag

Noch während die letzten Montagsdemonstranten vor allem in den neuen Ländern ihre Protestplakate in die Höhe reckten, fühlte sich Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) auf einer Podiumsdiskussion in Leipzig zu einem Nachdenken über den deutschen Nationaltag angeregt. So sei seiner Meinung nach der 9. Oktober viel eher als der 3. Oktober für einen nationalen Feiertag geeignet, schließlich seien am 9. Oktober 1989 rund 70.000 Menschen in Leipzig friedlich protestierend gegen das DDR-Regime auf die Straße gegangen. Mit diesem Datum würde endlich auch der „Beitrag der Ostdeutschen zur deutschen Geschichte gewürdigt“.

Allerdings widersprachen ihm der Grünen-Abgeordnete Werner Schulz sowie der in England lebende Geistliche Paul Oestreich insoweit, daß sie statt des 3. Oktobers lieber den 9. November, den Tag der Maueröffnung, als Nationalfeiertag sähen. Für sie ist die Überschneidung unter anderem mit der „Reichskristallnacht“, die ebenfalls an einem 9. November stattfand, keineswegs abträglich. Der 9. November sei eben ein deutsches Datum des 20. Jahrhunderts. Der 9. Oktober käme für sie hingegen nicht in Frage, da er eben in erster Linie nur für die Stadt Leipzig von ganz besonderer Bedeutung sei. **R. B.**

www.preussischer-medien dienst.de

PMD

Preußischer Mediendienst

Wir erfüllen alle
Literatur-,
Musik-
&
Filmwünsche.

Parkallee 86
20144 Hamburg
Telefax: 040 / 41 40 08 58

Schwarze Witwen gegen schwarzes Gold

Warum Tschetschenien für Moskau wichtig und dennoch nicht zu beherrschen ist / Von Jürgen LIMINSKI

Die Geostrategen haben für die Krisenregionen dieser Welt zwei Bögen ausgemacht. Der eine, kleinere, verläuft quer durch Afrika von West nach Ost. Der zweite, weitaus ausgreifendere, reicht von Casablanca übers Mittelmeer, den Kaukasus, Nah- und Mittelost, den Hindukusch bis tief hinein nach Südostasien. In ihm liegen die meisten islamisch geprägten Länder, auch die meisten ethnisch zerrissenen, in seiner Mitte liegt Tschetschenien.

Die kleine Teilrepublik Rußlands macht dem Kreml die größten Sorgen. In zwei Kriegen hat Moskau versucht, die freiheitsliebenden Bergvölker niederzuwerfen. Nach dem ersten Tschetschenienfeldzug (1994-96) herrschte ein paar Jahre Ruhe, dann trat Putin auf den Plan und seit 1999

eskaliert der Rebellenkrieg an Fanatismus und Grausamkeit auf beiden Seiten. Für die Regierung Putin handelt es sich schlicht um Terrorismus. Und in den Reihen der Rebellen befinden sich in der Tat auch einige Terroristen größeren Kalibers, Islamisten und fanatische Mudschahedin, Freiheitskämpfer.

Ungeklärt sind die Beziehungen zum internationalen Terrornetz der Al Quaida, auch wenn der russische Präsident Putin sie bei jedem Treffen mit seinen Freunden Chirac und Schröder, so wie am vorletzten Dienstagabend wieder, beschwört. Sicher allerdings ist, daß etliche

Rebellen im Nahen Osten ausgebildet wurden und von dort auch einige Waffen bekommen haben. Die meisten Waffen aber haben die Freiheitskämpfer von russischen Soldaten erhalten, entweder im Kampf oder gegen Geld.

Um Geld geht es auch den Russen im Kreml. Der Kaukasus ist Durchgangsland für das schwarze Gold vom Kaspischen Meer. Von der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossijsk führt eine Pipeline über 140 Kilometer durch tschetschenisches Gebiet. Sie und die anderen Pipelines sind für Rußland strategische Linien. Unter dem Kaspischen Meer liegen Ölreserven, die auf mehr als 30 Milliarden Barrel geschätzt werden. Es ist sehr viel leichter zu fördern als das Öl

unter den tiefgefrorenen Böden Sibiriens. Um das schwarze Gold aus den Permafrost-Böden zu pumpen, braucht Moskau ein

Know-how, wie es nur die Amerikaner dank ihrer Erfahrungen und Probleme in Alaska haben. Das aber macht abhängig. Das um so mehr, als der Kreml seit einem guten Jahr bestrebt ist, die Ölindustrie wieder voll in staatliche Hand zu bekommen.

Mit der Zerschlagung des Yukos-Konzerns ist Putin diesem Ziel schon recht nahe gekommen. Der seit elf Monaten inhaftierte Ölmilliardär Chodorkowskij hatte den

„Fehler“ begangen, mit den amerikanischen Ölfirmen Exxon Mobil und Texas Chevron über einen Einstieg bei Yukos zu verhandeln. Außerdem kämpfte er für den pri-

Sinn eine Festung des Kreml für seine strategischen Interessen, auch gegenüber Amerika, und das mag erklären, warum Paris und Berlin so blind und bedingungslos Putins

- gegen gerade mal 1.500 Rebellen müßte eigentlich Zweifel aufkommen lassen.

Tschetschenien ist die offene Wunde Rußlands, ein Krisenherd, dessen Funken auch auf Nachbarregionen wie Dagestan oder Inguſchetien übergreifen können.

Die Rebellen haben keine Chance, die Russen zu vertreiben. Ihre Verzweiflung sucht im Terror ein Ventil. Besonders die „schwarzen Witwen“ - junge Frauen, deren Männer, Väter und Brüder von russischen Soldaten verschleppt und ermordet wurden - haben Moskau den Kampf bis zum Tod angesagt. Sie traten erstmals bei der Geiselnahme im Moskauer Theater vor zwei Jahren in Erscheinung. Sie dürften auch für den Anschlag auf die zwei Tupolew-Maschinen vor ein paar Tagen verantwortlich sein.

Diese Todgeweihten setzen sich in eine Metro oder einen Bus, sie gehen ins Kino oder in ein Restaurant und sprengen sich in die Luft. Sie haben Heimat und Familie verloren, ihr islamischer Glaube gibt ihrem Tod einen letzten Sinn. Sie sind die ideale Waffe für Terroristen und Rebellen. Schwarze Witwen gegen schwarzes Gold - das kleine, waldrreiche und gebirgige Tschetschenien droht zur Schlangengrube für den Kreml zu werden. ■



Vor den Trümmern von Putins Tschetschenienpolitik: Hunderte von Kindern in Beslan mußten das Fehlverhalten ihres Präsidenten mit ihrem Leben bezahlen. Foto: Reuters

vaten Bau von Gas- und Ölleitungen durch den Kaukasus und damit gegen das staatliche Monopol von Gazprom und Transneft.

Sämtliche Pipelines, die das Öl durch Zentralasien nach Europa pumpen, führen durch das Krisengebiet, den weichen Bauch Rußlands. Diese Routen gilt es zu sichern. Tschetschenien ist in diesem

Haltung unterstützen. Chirac und Schröder glauben Putin alles. Auch daß die Wahl des neuen tschetschenischen Präsidenten am vergangenen Sonntag nach demokratischen Maßstäben verlaufen sei. Beobachter vor Ort haben da andere Erfahrungen gemacht. Auch die massive Militärpräsenz der Russen - mehr als 75.000 Soldaten in einem Gebiet so groß wie Schleswig-Holstein

Der Schock kann durchaus heilsam sein

Die Entführung der beiden französischen Journalisten richtet sich nicht gegen Frankreichs Außen-, sondern seine Innenpolitik

Frankreich steht unter Schock. Die erste Reaktion ist, wie bei einem Angriff von außen, das Zusammenrücken, der innere Zusammenhalt. Es geht nicht um die zwei Journalisten, die von den Islamisten entführt wurden. Schockierend war das Ultimatum der Islamisten: Abschaffung des Kopftuchverbots oder Tod der zwei Medienvertreter. Dabei wählte sich Frankreich wegen des Widerstands gegen den Irakkrieg im besonderen und seine proarabische Politik im allgemeinen in ziemlicher Sicherheit. Das Ultimatum aber zeigt: Die Islamisten wollen ihr Gesetz weltweit durchsetzen. Das ist totalitäres Denken. Toleranz, individuelle Freiheit, Menschenrechte sind für sie keine Kategorie des Denkens. Diese Erkenntnis ist schockierend für all jene, die an das Gute im gemeinen Muslim glauben und keine Unterscheidung treffen zwischen einfachen und radikalen Anhängern dieser Religion. Und sie verstärkt die Angst derjenigen, die dem Islam sowieso nicht über den Weg trauen.

Staatspräsident Chirac, der zu den naiven Bewunderern der arabischen Kultur gezählt werden darf, beeilte sich, dem zu erwartenden Protest die Spitze zu nehmen. In Frankreich artikuliert sich Empörung oft auf der Straße. Das mußte verhindert werden, um auch gewalttätige Zusammenstöße zwischen Franzosen und Muslimen in Frankreich zu vermeiden. Diese erste Operation war erfolgreich, auch weil es der Regierung gelang, die Vertreter der verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen zu einem klaren Bekenntnis für die Grundwerte der Republik zu bewegen und sich hinter die Forderung nach Freilassung der beiden

Journalisten zu stellen. Alles andere wäre in dieser Situation für die muslimischen Organisationen politischer Selbstmord gewesen.

Es ist in Frankreich wie in Deutschland derzeit politisch unkorrekt, die Solidaritätsbekundun-

gen islamischen Glaubensrichtungen sogar ein Gebot ist, sondern auch Suren, in denen die Muslime angehalten werden, sich ruhig zu verhalten, solange sie in der Minderheit sind. Natürlich läßt sich das nicht so ohne weiteres verallgemeinern, aber es wäre naiv und fahr-

los die in Belgien, ohne Zögern schon nachgeben würden, wird das Denken deutlich. Er offenbart, daß es nicht um das geht, was auf dem Kopf ist, sondern was in ihm vorgeht. Die französische Regierung handelt richtig. Man muß die muslimischen Bürger zur Staatsräson bringen.

der Sympathisanten eines radikalen Denkens auf eine knappe Million. Die anderen fünf bis sechs Millionen Muslime in Frankreich sind Mitläufer, freilich auch anfällig für die Parolen der radikalen Imame. Unter dem früheren Innenminister Nicolas Sarkozy wurden einige von ihnen verwarnt und sogar des Landes verwiesen. Als ehemalige Schutzmacht Libanons weiß Frankreich, daß den orthodoxen Muslimen die Religion immer wichtiger ist als das Gemeinwohl des Staates, in dem sie leben.

Frankreich ist ein Trampelpfad der Geschichte. Sämtliche Ideologien der letzten Jahrhunderte sind hier entstanden oder schon mal ausprobiert worden, angefangen von der „Religion der Vernunft“ der Revolutionäre, die sich schließlich im Laizismus wieder findet, bis hin zum Kommunismus eines Baboef oder den Kommunen in Paris, lange vor Marx. Auch jetzt ist Frankreich die Avantgarde eines großen Ringens in Europa. Wenn Europa seine Seele und Identität bewahren will, muß es eine eigene Position gegenüber dem Islam aufbauen. Das kann nach Lage der Dinge nur die Koexistenz unter dem Banner der Menschenrechte sein. Dazu muß man die Muslime zwingen, freiwillig werden sie sich auf Dauer kaum dazu bekennen. Und es setzt voraus, daß Europa, wie Johannes Paul II wiederholt gefordert hat, zu seinen christlichen Wurzeln zurückkehrt. Aus ihnen sind die Menschenrechte erwachsen, ohne Gewissensfreiheit gibt es auch keine anderen Freiheiten. In diesem Sinn können Schocks aus dem Irak wie in diesen Tagen durchaus heilsam sein.

J. L.



Beten für die Entführungsoffer: Mit großer Medienwirksamkeit bekundeten zahlreiche islamische Religionsgemeinschaften in Frankreich ihr Entsetzen über die Entführungen der beiden französischen Journalisten als Mittel, die Abschaffung des Kopftuchverbotes an Schulen zu erzwingen.

Foto: AFP

gen muslimischer Organisationen in Zweifel zu ziehen. Wer aber die Geschichte des Islam in verschiedenen Nationen, in denen er mit anderen Religionen koexistiert, kennt, der darf solche Zweifel hegen. Das Verhalten ist vom Koran gedeckt. Wahrheit und Aufrichtigkeit sind für viele Muslime relative Begriffe. Entscheidend ist der Endsieg des Islam. Es gibt in diesem Sinn nicht nur die Taquia, die Kunst der Verstellung, die in man-

lässig, Muslimen blind zu vertrauen. Davor warnen selbst aufgeklärte Muslime wie der Göttinger Politologe Bassam Tibi. Für sie und andere Kenner der islamisch geprägten Regionen ist die Ausbreitung des fundamentalistischen Denkens längst eine Tatsache, auch wenn die Europäer die Augen vor ihr verschließen.

Das wirklich Schockierende an der ultimativen Forderung der ira-

Islamkenner schätzen die Zahl der militanten Islamisten in Frankreich auf mindestens 50.000, die



Tänzerinnen-Brunnen von Georg Kolbe: Der 1922 entstandene Brunnen steht seit 1979 im Garten des ehemaligen Atelier- und Wohnhauses des Bildhauers. Über die Entstehungsgeschichte kann man sich am Tag des offenen Denkmals in Berlin informieren.

Foto: Reuss / Denkmalschutz

Wasser marsch!

Zum Tag des offenen Denkmals

Der Tag des offenen Denkmals ist weiter auf Erfolgskurs: Mehr als 6.700 Bauten in über 2.500 Städten und Gemeinden öffnen am 12. September anlässlich des bundesweiten Aktionstags ihre Türen, das sind wieder so viele Kulturdenkmale wie im Rekordjahr 2003. Bei dem von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz deutschlandweit koordinierten Kulturereignis können historische Bauwerke, Parks und archäologische Ausgrabungen besichtigt werden, die sonst nur teilweise zugänglich sind.

„Wie läuft's? – Schwerpunktthema Wasser“ lautet der bundesweite Themenvorschlag 2004. Deshalb stehen am 12. September dem Besucher besonders viele Denkmale offen, die einen Bezug zum Wasser haben. Von der Dampfmaschine über Schleusen und Wassertürme bis hin zu Wasserspielen in Schloßparks und alten Taufsteinen in Kirchen – die Vielfalt der Denkmale und angebotenen Sonderführungen, die sich auf das Thema „Wasser“ beziehen, ist in diesem Jahr be-

sonders groß. Die lokalen Veranstalter haben das Thema begeistert aufgenommen: Für die vielen neugierigen Besucher organisieren sie unter anderem Schiffstouren, Brückenwanderungen und Mahlvorführungen in alten Wassermühlen.

Das Thema „Wasser“ bietet am 12. September auch den roten Faden bei der bundesweiten Eröffnung in Weimar. In der historischen Altstadt öffnen viele historisch bedeutende Bauten, die sonst so nicht besichtigt werden können, ihre Pforten. Anlässlich der Eröffnung, zu der auch Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus erwartet wird, feiert Weimar einen Tag lang ein großes Fest mit Führungen, Vorträgen, Künstlern und altem Handwerk. Seit 1993 ist der „Tag des offenen Denkmals“ der deutsche Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter Schirmherrschaft des Europarats. Allein in Deutschland brachte der Aktionstag im vergangenen Jahr rund vier Millionen Besucher auf die Beine. **dsd**

Ein „Magier der Farbe“ hat man ihn genannt. Wie er die Natur, die Farbe erlebte, das überträgt sich noch heute unmittelbar auf den Betrachter seiner Werke. Neben den Gemälden und Holzschnitten sind es vor allem die Aquarelle, die von der Kunst des Malers Karl Schmidt-Rottluff künden. Besonders intensiv beschäftigte er sich mit der Aquarellmalerei und verhalf ihr so, aus dem Schattendasein als Studie hervorzutreten, und erhob das Aquarell zu einem autarken Kunstwerk. Über sieben Jahrzehnte befaßte sich Schmidt-Rottluff mit der Technik des Aquarells. Bereits aus der Zeit als Schüler in Chemnitz sind erste Arbeiten erhalten; Anfang der 70er Jahre entstanden die letzten, nachdem der Künstler 1964 die Ölmalerei aufgegeben hatte.

Karl Schmidt-Rottluff wurde als Sohn eines Müllers in dem sächsischen Dorf Rottluff geboren. Ursprünglich sollte er, der sich schon in der Schulzeit durch besondere Begabung beim Zeichnen hervortat, Architekt werden, und so besuchte er die Technische Hochschule in Dresden. Dort gründete er 1905 zusammen mit Erich Heckel, Fritz Bleyl und Ernst Ludwig Kirchner die Künstlergemeinschaft „Die Brücke“. Die gemeinsame Begeisterung für die Malerei hatte die vier Studenten zusammengeführt. Schon bald stießen gleichgesinnte Maler zu ihnen, so Max Pechstein und Otto Mueller. 1906 kam Emil Nolde hinzu, der allerdings die Gruppe nach kurzer Zeit wieder verließ.

Nach dem Umzug der „Brücke“-Maler im Jahre 1911 nach Berlin blieb die Gemeinschaft nur noch zwei Jahre bestehen. Bereits 1913 zerstritten sich die Freunde, und jeder begann, seinen eigenen Weg in der Kunst zu suchen.

Im Kreis der „Brücke“-Künstler galt Schmidt-Rottluff von Anfang an als der Sprödeste, Wortkargste und Konsequensteste – als Mensch wie als Maler. Bis zu seinem Tod am 10. August 1976 ist er seinem Stil stets treu geblieben – wenn auch sein Alterswerk ruhiger wurde, sanfter, lyrischer.

Anlässlich seines 120. Geburtstages am 1. Dezember ehrt das Berliner Brücke-Museum seinen Stifter und Förderer nun mit einer retrospektiven Ausstellung. Gezeigt wird bis zum 17. Oktober im Haus am Bussardsteig 9 eine repräsentative Auswahl seiner Aquarelle aus sieben Schaffensjahrzehnten (mittwochs bis montags 11–17 Uhr).

Starkfarbige Blätter entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts in

einen sachten Wandel – eine Verknappung der Formen, fast geometrische Formen, die weiter bis ins Blockhafte gesteigert werden. Die Farben werden dunkler, wirken dennoch nicht weniger suggestiv. Letztendlich zieht sich der Künstler in seinen Darstellungen auf das Wesentliche zurück.

„Die Entwicklung seiner Kunst, die ihre Innovation aus einer grundlegenden Auseinanderset-



Karl Schmidt-Rottluff: Strandkörbe (Aquarell, 1909, Ausschnitt)

Foto: Brücke-Museum

Dangast im Oldenburger Land, wo Schmidt-Rottluff in den Jahren 1907 bis 1912 die Sommerfrische verbrachte, um fern der Großstadt zu arbeiten. 1913 verschlug es ihn, wie Max Pechstein, nach Nidden auf die Kurische Nehrung, 1914 und 1919 nach Hohwacht an die Ostsee, 1920 bis 1931 ins pommersche Jershöft, 1932 bis 1943 nach Rumbke am Lebasee in Ostpommern und 1951 bis 1973 nach Sierksdorf an die Ostsee. Die Reinheit des Lichts wird es gewesen sein, die ihn immer wieder anzog. Landschaften von ungeheurer Suggestivkraft entstanden. Im Laufe der Jahre erkennt man

zung mit Tradition und Moderne schöpft, spiegelt über die Jahrzehnte nicht nur das unmittelbar Erlebte und zeigt Objekte des individuellen Interesses“, erläutert die Kunsthistorikerin Christiane Remm vom Berliner Brücke-Museum, „sie verweist zugleich auf richtungweisende Phänomene in der Kunst und berührt dabei gesellschaftliche und politische Veränderungen in Deutschland. Das Aquarellschaffen Schmidt-Rottluffs präsentiert sich als Ausdruck seines unmittelbaren künstlerischen Gestaltungsdranges sowie als überdauerndes allgemeingültiges Zeitdokument.“ **Silke Osman**

Zeugnis oder Erzeugnis, Fakt oder Fiktion?

Eine Ausstellung im Essener Ruhrlandmuseum geht dem Realitätsgehalt von Fotografien nach

Kein noch so ausgeprägtes Bewußtsein davon, was Fotografie ist oder sein kann, wird jemals der Faszination etwas anhaben können, mit der uns ein Bild erfüllt, das ein wachsamer Fotograf im richtigen Augenblick von einem unerwarte-

ten Geschehen festhält“, hat die amerikanische Schriftstellerin Susan Sontag einmal gesagt. Auch Wissenschaftler rätseln, was die Faszination einer Fotografie ausmacht. Warum gestehen selbst moderne Menschen unseres digitalen

Zeitalters Fotografien einen größeren Wahrheitsgehalt zu als etwa akribischen Zeichnungen eines Künstlers?

In der Ausstellung „Wirklich wahr!“ geht man im Essener Ruhr-

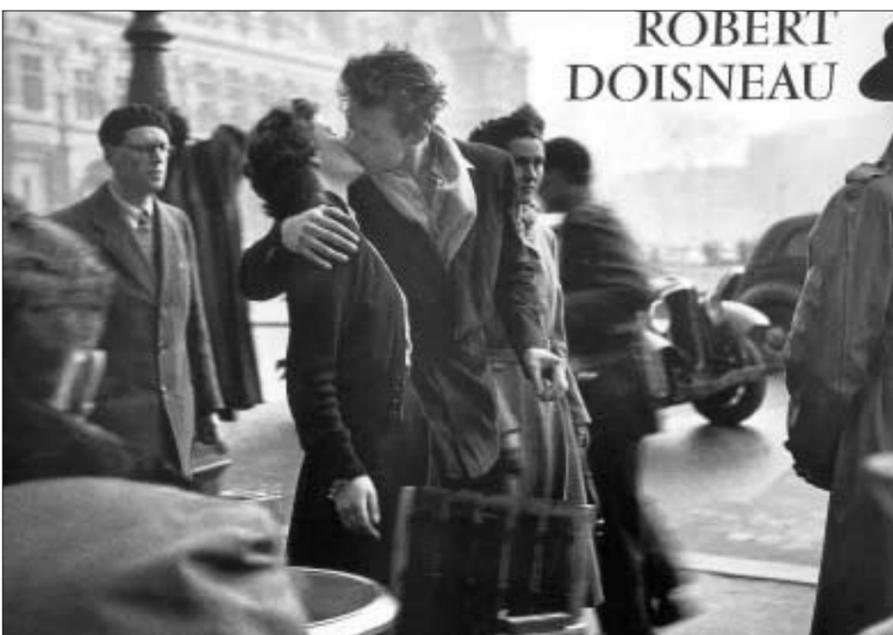
landmuseum, Goethestraße 41, noch bis zum 26. September den Realitätsversprechen von Fotografien nach (dienstags bis sonntags 10–18 Uhr, freitags 10–24 Uhr; Katalog im Verlag Hatje Cantz, 220 Seiten, zahlr. Abb., gebunden mit Schutzumschlag, 29,80 Euro).

Bilder aus aller Welt von bekannten und weniger bekannten Fotografen führen den Betrachter auf einen Weg ins Ungewisse. Echt oder falsch?, fragt man sich an so mancher Stelle, vor allem wenn man erkannt hat, daß vermeintliche Reportagebilder aus einem Krieg in Wahrheit Teil einer perfiden Werbekampagne sind. Auch die Menschen auf Fotos, die einen allzu grauen Alltag zeigen, sind nicht unbedingt zu bedauern – sie sind Fotomodelle, die auf Wunsch des Fotografen ihre Haut zu Markte tragen – und das vor einer tristen Kulisse.

Zeugnis oder Erzeugnis, Fakt oder Fiktion – der Besucher ist angeregt, in vergleichender Befragung die Wahrheit herauszufinden. Dabei wird er mit verschiedenen Sparten konfrontiert – vom Journalismus über Dokumentation, Kunst, Werbung und Wissenschaft bis hin

zu Schnappschüssen aus Fotoalben reicht die Reihe. Doch aufgepaßt: Ein Foto erscheint selten allein. Das Umfeld beeinflusst unbewußt oder bewußt die Botschaft und so auch die Glaubwürdigkeit. Erläuternde Texte weisen in der Ausstellung und auch im Katalog den Weg. Ausgewiesene Kenner beschäftigen sich mit Fragen der Authentizität und ihren Inszenierungen, aber auch mit der Geschichte der Fotografie.

„Eine Fotografie kann authentisch, aber unwahr sein, sie kann wahr und doch nicht authentisch sein“, hat der Filmkritiker Rudolf Arnheim erkannt. Wie hoch der Wahrheitsgehalt von Fotografien im Gegensatz zur Kunst eingeschätzt wird, zeigt eine Anekdote, die Heinz v. Foerster von Pablo Picasso überlieferte und die ebenfalls im Katalog zur Essener Ausstellung zu lesen ist: Ein reicher Amerikaner kritisierte Picasso und seine Darstellung des Menschen, warum er sie nicht so male wie sie seien. Um zu zeigen, wie ein Porträt auszusehen habe, zeigte er dem Maler ein Paßfoto seiner Frau. Picasso: „Aha, das ist Ihre Frau. So klein ist sie. Und so flach!“ **hst**



Ein Motiv ging um die Welt: Das Bild vom küssenden Paar in Paris, ein beliebtes Postermotiv, entstand 1950 im Auftrag der illustrierten Life. Erst in den 1980er Jahren stellte sich vor Gericht heraus, daß der Fotograf Doisneau zwei Schauspieler für diese authentisch wirkende Szene engagiert hatte.

Foto: Katalog

